

nen dazu, dass wir fruchtbaren Boden, gutes Grund- und damit Trinkwasser haben und eine gesunde Luft. Das dient uns allen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich gibt es auch die erschreckenden Zahlen zum Rückgang der Biodiversität weltweit. Davon können wir uns nicht vollständig abkoppeln. Wir haben noch einen langen Weg vor uns, um die Artenvielfalt zu stabilisieren. Aber von Hessen aus können wir diese Dinge auch angehen.

Gerade weil der Weg lang und steinig ist, brauchen wir Kooperation. Wir brauchen die Kooperation von Landschaftszüchtern und Landnutzern. Das ist wichtig. Zu den Landnutzerinnen und Landnutzern gehört im offenen Land im Wesentlichen die Landwirtschaft. Deswegen wäre es fahrlässig und falsch, etwas gegen sie durchdrücken zu wollen. Deswegen ist die Kooperation so wichtig.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Besondere an den Landschaftspflegeverbänden ist, sie arbeiten drittelparitätisch zusammen: die Kommunen, der Naturschutz und die Landwirtschaft. Sie verfügen damit über Fachwissen aus unterschiedlichen Bereichen, das sie zusammenbringen können. Sie kennen die Akteure vor Ort. Sie wissen, auf wen sie zugehen müssen, mit wem sie reden können, wen sie in die Strategie für den Erfolg einbringen müssen. Deswegen ist es so wichtig.

Ich glaube, einige hier haben keine Ahnung, wie sich Landschaftspflegevereinigungen gründen. Das ist ein Beschluss der örtlichen Kommunen bzw. des Kreistags, wenn er es macht. Das ist der Beschluss der örtlichen Landwirtschaftsverbände. Das ist der Beschluss der örtlichen Naturschutzverbände. Ich kann als Ministerin nicht dahin gehen und einfach sagen: Ihr macht das. – Das ist eine Selbstvereinbarung, und das ist richtig so. Wir unterstützen diese Selbstvereinbarung. Das ist wichtig.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben erfolgreiche Artenschutzprojekte, z. B. für Braunkehlchen im Lahn-Dill-Kreis oder das Rebhuhn im Schwalm-Eder-Kreis, schon durchgeführt. Da hat sich in den letzten zwei Jahren durch Landschaftspflegeverbände vieles getan. Die Braunkehlchenpopulation hat sich stabilisiert. Der Bruterfolg der Rebhühner in Bad Zwesten hat sich verdoppelt. Das ist ein Erfolg, der sich mit der Landwirtschaft und mit dem Naturschutz gemeinsam – zum Naturschutz gehören auch die Jagdverbände – ergeben hat. Das ist gut, und das ist wichtig.

Die Kommunen profitieren davon, dass Landschaftspflegeverbände Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen durchführen können. Man kann nicht immer zusätzliche landwirtschaftliche Fläche umwidmen, aber man kann z. B. Flächen, die schon für Naturschutz genutzt werden, neue Maßnahmen hinzufügen und die bestehenden Flächen so doppelt nutzen. Das ist wichtig für Kommunen, dass sie wissen, mit wem sie das gemeinsam tun können. Deswegen ist Kooperation so wichtig.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in acht Landkreisen gibt es bereits Landschaftspflegeverbände. In neun gibt es eine Gründungsinitiative. Das wäre doch nicht erfolgreich, bloß weil die Umweltministerin sagt: „Wir brauchen Land-

schaftspflegeverbände“, sondern die Initiativen sind erfolgreich, weil sie bei anderen sehen, dass es gut funktioniert.

Natürlich brauchen Sie Menschen vor Ort, die das Ganze koordinieren und die vor allem weiterhin Geld einwerben: Geld vom Bund, Geld von Europa, Geld von Stiftungen und auch Geld vom Land; denn sie bekommen das Geld nicht einfach herübergeschoben. Auch das ist ein Irrglaube, mit dem ich hier aufräumen will.

Aber natürlich muss die Koordination installiert sein. Das ist wichtig, das ist notwendig für den Artenschutz, für den Naturschutz, für die biologische Vielfalt in Hessen.

Ich danke Ihnen, dass Sie, jedenfalls in der Breite, diesen kooperativen Naturschutz in Hessen gut finden und mit mir weiterentwickeln wollen. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Ministerin, herzlichen Dank. – Damit sind wir am Ende der ersten Aktuellen Stunde.

Auf Ihren Plätzen verteilt ist der Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag des Ministers der Finanzen auf Erteilung der Zustimmung des Haushaltsausschusses gemäß § 8 Abs. 1 Satz 1 GZSG zum zweiten GZSG-Maßnahmenpaket. Dieser Bericht wird Tagesordnungspunkt 87 mit einer Redezeit von fünf Minuten – nur, damit es jeder weiß.

Dann rufe ich **Tagesordnungspunkt 69** auf:

**Antrag Aktuelle Stunde**

**Fraktion der Freien Demokraten**

**Schulabsolventen und Ausbildungsbetrieben eine Perspektive geben. Duale Ausbildung in der Corona-Krise stärken. Wo ist AI-Wazirs Ausbildungsoffensive?**

**– Drucks. 20/3509 –**

**gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 46:**

**Antrag**

**Fraktion der Freien Demokraten**

**Betriebliche Ausbildung in der Corona-Krise stärken: Schulabsolventen brauchen eine Perspektive**

**– Drucks. 20/3000 –**

**Es beginnt der Kollege Dr. Stefan Naas, FDP-Fraktion. Bitte sehr.**

**Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):**

**Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Junge, haben meine Eltern gesagt, mach eine Ausbildung. Das ist etwas Solides im Lebenslauf.**

**Ich glaube, sie haben recht behalten. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Wir haben mit der dualen Ausbildung in Deutschland, aber auch in Hessen, wirklich etwas Wunderbares. Die duale Ausbildung hat zu Recht einen exzellenten Ruf.**

**Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie sich dieser Tage die Bertelsmann-Studie anschauen, die Sie alle bekommen haben, wird sich dieses Bild etwas eintrüben, denn hier sagen 60 % der Auszubildenden, dass sich die Ausbildungsplatzchancen durch Corona verschlechtert ha-**

ben. 50 % sind der Auffassung, dass die Politik zu wenig für Auszubildende tut.

Ich glaube, dass dahinter nicht nur gefühlte Wahrheiten stehen, sondern auch Fakten. Wenn wir uns die Arbeitsmarktzahlen anschauen, dann können wir für den August 2020 in Hessen feststellen: Wir haben fast 8.000 unversorgte Bewerber auf Ausbildungsplätze, und wir haben damit 14,3 % mehr als im Vorjahr. Wir haben auch 8,4 % weniger Ausbildungsplätze, und das ist das entscheidende Problem.

(Beifall Freie Demokraten)

Ja, es stimmt. Es gibt nach wie vor Ausbildungsberufe, wo es mehr Stellen als Bewerber gibt. Aber wenn Sie Reiseverkehrskaufmann werden wollen, dann wollen Sie nicht Bestatter werden. Wenn Sie Fotograf oder Eventmanager werden wollen, dann nützt Ihnen die offene Stelle beim Hufschmied oder beim Elektroinstallateur wenig.

Wenn ich mir die Website des Ministeriums dazu anschau, stelle ich fest, dass sie genau das sagt. Dort heißt es, alle sollen nach ihren Talenten und Neigungen den Weg in ihren Beruf finden. Das denken wir Freie Demokraten auch.

(Beifall Freie Demokraten)

Deswegen gibt es im Moment zwei Probleme. Das erste Problem ist, dass Corona natürlich alle Ausbildungsmessen, Infoveranstaltungen und auch Orientierungswochen verhegelt hat. Das ist ein schleppender Prozess, der jetzt nachgeholt wird. Ich bin den beiden Kammern sehr dankbar, dass noch im September Ausbildungsverträge abgeschlossen werden können. Dieses Problem ist erkannt.

Aber es fehlt die Ausbildungsoffensive bei den Betrieben – das ist das zweite Problem –, und zwar bei den Betrieben, die unter Corona leiden. Das sind die Reisebüros, die Veranstaltungsbranche, die Gastronomie, die Clubs. Diejenigen, die jetzt um ihre Existenz bangen, schaffen im Moment auch keine Ausbildungsplätze.

(Beifall Freie Demokraten)

Der hessische Wirtschaftsminister hat lange auf den Bund gewartet. Er wartet immer auf den Bund und hat auch diesmal auf den Bund gewartet. Der Bund hat auch reagiert. Er hat wieder einmal die Gießkanne ausgepackt. Er fördert jeden Ausbildungsvertrag in Deutschland mit 2.000 € und jeden zusätzlichen Ausbildungsvertrag mit 3.000 €.

Ich frage mich, warum eine Versandapotheke, die im Moment brummt, oder der berühmte Plexiglashersteller, den der Wirtschaftsminister immer nennt, noch gefördert werden muss; denn der Azubi läuft im Moment in Sonderschichten zur Hochform auf, weil die Firma brummt. Warum man das noch mit der Gießkanne fördern muss, ist mir nicht ganz klar.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich dachte, wir wollen gemeinsam die wirtschaftliche Struktur in Hessen erhalten. Wenn wir die wirtschaftliche Struktur erhalten wollen, dann müssen wir auch die Struktur der Ausbildungsplätze erhalten, also gerade in den Bereichen, die jetzt keine Ausbildung anbieten: bei den Reisebüros oder beim Messebau.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage es gleich vorweg: Es gibt eine Menge an Instrumenten; der Minister wird es gleich wieder aufzählen. Wir haben nichts

gegen eine Ausbildungsplatzförderung speziell für Hauptschüler. Wir haben auch nichts gegen den Zuschuss für die Benachteiligten – das ist prima; das gibt es übrigens seit 2018 –, für die Abbrecher, die Nachvermittlung. Das ist alles in Ordnung.

Aber jetzt brauchen wir eine besondere Förderung der Notleidenden Betriebe und keine besondere Förderung eines ganzen Ausbildungsjahrgangs; denn dieser Ausbildungsjahrgang 2020/2021 ist nicht schlechter als die Ausbildungsjahrgänge vorher. Es gibt eben nur weniger Ausbildungsplätze.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass Sie für die Soloselbstständigen nichts tun wollen, das habe ich gestern bei der Demonstration wieder gemerkt: 20 Minuten herumgeeiert, um alles zu erklären, aber am Ende keine Antworten geliefert. Aber dass Sie für die Ausbildungsplätze in diesen Betrieben nichts tun wollen, das ist mir neu, und das kann ich nicht hinnehmen.

(Beifall Freie Demokraten)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung wird gleich auf die 11 Millionen € zu sprechen kommen, die sie eingesetzt hat, um Ausbildungsvorbereitungsplätze zu schaffen. Das ist in Ordnung, und es mag auch gezielt sein. Wie gesagt, wir haben nichts gegen die besondere Förderung von Hauptschülern. Aber es ist nicht der Schwerpunkt, und es kann eine Offensive im anderen Bereich nicht ersetzen.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir haben als Freie Demokraten mit unserem Antrag vorgeschlagen, das erste Ausbildungsgehalt bei Betrieben, die Notleidend sind – das sind diejenigen, die einen Umsatzeinbruch von mehr als 60 % haben –, für ein Jahr komplett zu ersetzen. Wir glauben, dass wir damit neue Ausbildungsplätze schaffen können; denn im Moment haben wir zu wenige. Wir glauben, dass wir damit das Problem an der Quelle bekämpfen und nicht die Symptome.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):**

Ich bin auch am Ende. – Ich glaube, dass es richtig ist, nicht so viele Personen in diese Übergangssysteme zu stecken – das steht auch auf Ihrer Homepage –, sondern am Ende einen Ausbildungsplatz und nicht einen Ausbildungsvorbereitungsplatz zu schaffen. Dem dient unser Antrag. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall Freie Demokraten)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Kollege Dr. Naas. – Das Wort hat der Abg. Heiko Scholz, AfD-Fraktion.

**Heiko Scholz (AfD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! In der Tat ist zu erwarten, dass die durch die politischen Zwangsmaßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pande-

mie induzierte Wirtschaftskrise auch am Ausbildungsmarkt nicht folgenlos vorübergehen wird. Durch die Corona-Pandemie verschärfte sich vielmehr die ohnehin angespannte Lage auf dem Ausbildungsmarkt.

Nachfolgend die Daten, die noch aus dem April stammen. Sie haben sich bis heute – Dr. Naas sagte es bereits – noch einmal verschlechtert. Damals betrug der Rückgang der gemeldeten Ausbildungsstellen 2.100, also 6,5 %. Jetzt ist es erheblich mehr. Es gab einen Rückgang der Bewerberzahlen um 2.700 schon im April, also um 7,8 %. 31.527 Bewerbern standen am Stichtag 30.652 Ausbildungsstellen gegenüber. 1.020 weniger Personen als im Vorjahr konnten überhaupt einen Ausbildungsplatz finden, also ein Rückgang um 15 %.

Bis zum Jahr 2030 fehlen auf der anderen Seite in Hessen laut Kultusministerkonferenz rund 1.200 Berufsschullehrer. Allein in diesem Jahr liegt die Zahl bei 380. Meine Damen und Herren, das ist eine erschreckende Entwicklung. Wo bleiben die Maßnahmen der Landesregierung, um dies umzukehren?

(Beifall AfD)

Außer Lippenbekenntnissen von Herrn Al-Wazir und auch von Prof. Lorz ist von Ihnen nichts wahrzunehmen.

Gerade unser Modell der dualen Ausbildung wird weltweit bewundert und zu kopieren versucht.

(Beifall Dr. Frank Grobe (AfD))

Es begünstigt eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit und verhilft der deutschen Volkswirtschaft zu den von ihr dringend benötigten qualifizierten Fachkräften. Was tun Sie zu deren Erhalt? Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie verschärfen die bereits bestehenden Probleme, weil sich Firmen aufgrund der wirtschaftlich unsicheren Lage aus dem Ausbildungsmarkt zurückziehen, Bewerber und Betriebe aufgrund ausgefallener Berufsorientierungsmessen noch schwerer zueinanderfinden, Unterricht, wenn überhaupt, nunmehr überwiegend in digitaler Form stattfindet und Praktika aufgrund diverser Hygieneauflagen nicht durchführbar sind. Das alles geht direkt zulasten künftiger Generationen.

So schreibt etwa Ludger Wößmann, Chef des ifo Zentrums für Bildungsökonomik:

Geht etwa ein Drittel eines Schuljahres an Lernen verloren, so geht dies über das gesamte Berufsleben gerechnet im Durchschnitt mit rund 3 bis 4 % geringerem Erwerbseinkommen einher.

Das bedeutet Geldeinbußen durch Corona.

(Beifall AfD)

Gerade die dem Virenschutz geschuldete Reduzierung bis hin zum kompletten Ausfall der praktischen Unterrichtseinheiten, die sich eben nicht per digitaler Fernlehre ersetzen lassen, führt zu eklatanten Fähigkeitsdefiziten bei den Auszubildenden, was im Nachgang nur schwer beseitigt werden kann.

Was also ist zu tun? Gesunde und unverschuldet in die Krise geratene kleine und mittelständische Unternehmen sind selbstverständlich gezielt finanziell zu unterstützen.

(Beifall AfD)

Schließlich sind Staat und Politik durch die beschlossenen Pandemiebekämpfungsmaßnahmen für die Aussetzung ihrer Tätigkeit und ihrer Gewinne ursächlich. Der Rückzug dieser Betriebe, welche das Herzstück der deutschen Volkswirtschaft darstellen, aus dem Ausbildungsmarkt wäre, auch wenn dies nur temporär geschähe, von verheerender Wirkung.

(Beifall AfD)

Es gilt, eine Generation Corona um jeden Preis zu verhindern.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, gerade die kleinen Unternehmen sind es, welche oftmals auch schwächeren Schülern, auch ohne Abschluss, eine berufliche Chance bieten.

In der Anfangsphase der Pandemie mag es politisch und medizinisch geboten gewesen sein, der Ausbreitung des Corona-Virus durch die Ergreifung harter Maßnahmen entgegenzuwirken. Für unser Bundesland Hessen ist es jedoch jetzt zwingend erforderlich, dass die Schul- und Ausbildungsträger in Absprache mit den zuständigen Gesundheitsämtern Bedingungen schaffen, welche den Regelbetrieb an unseren Schulen und Ausbildungsstätten sicherstellen.

(Beifall AfD)

Ich verweise hierzu noch einmal auf meine Ausführungen zur Regierungserklärung des Kultusministers vom vergangenen Dienstag. – Welche Bedeutung kommt unseren allgemeinbildenden Schulen dabei zu? Die AfD-Fraktion fordert von Anbeginn, dass eine praxisnahe Bildung und Erziehung im Rahmen der Berufsorientierung sowie des Arbeitslehre- und Werkunterrichts wieder verpflichtend durch Unterrichtsfächer in die Stundentafeln der Sekundarstufen I und II in allen hessischen Schulen aufgenommen werden muss.

(Beifall AfD)

Parallel hierzu ist die Ausbildung von Fachlehrern für Arbeitslehre erheblich zu intensivieren. Man muss sich vorstellen, dass 70 % des Arbeitslehreunterrichts fachfremd geschehen. Das ist nicht hinzunehmen. Dieser für unsere Zukunftsfähigkeit so wichtige Bereich wurde in den vergangenen Jahren vom Kultusministerium sträflich vernachlässigt.

(Beifall AfD)

In meinen Augen bedeutet eine Perspektive geben nicht zuletzt, dass jungen Menschen hinsichtlich ihrer späteren Berufswahl verschiedene Alternativen aufgezeigt werden und sie ihre Anlagen und Begabungen frühzeitig erkennen und entwickeln können.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Heiko Scholz (AfD):**

Ich komme zum Schluss. – Treffender als Dr. Frank Martin, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit, kann man es meines Erachtens nicht sagen. Ich zitiere:

Junge Menschen müssen so früh wie möglich einen Einblick in die Arbeitswelt und deren vielfältige berufliche Möglichkeiten bekommen. Es ist unsere Aufgabe, dazu den entsprechenden Rahmen zu schaffen und sie auf ihrem Weg bestmöglich zu unterstützen, vor allem dann, wenn Probleme auftauchen. In vielen Branchen werden Fachkräfte zunehmend zur Mangelware. Entsprechend hoch stehen die Chancen für junge Menschen, mit einer dualen Berufsausbildung einen erfolgreichen und zukunfts-sicheren beruflichen Weg einzuschlagen.

Verehrte Landesregierung, unsere Fraktion ist sehr gespannt auf die Vorlage Ihres Zukunftsplans.

(Beifall AfD)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Kollegin Birgit Heitland für die CDU-Fraktion.

**Birgit Heitland (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Freien Demokraten fordern: „Schulabsolventen und Ausbildungsbetrieben eine Perspektive geben. Duale Ausbildung in der Corona-Krise stärken.“

Liebe Kollegen der FDP, Sie wissen doch ganz genau, dass wir genau das tun – und zwar nicht nur während Corona. Wir haben es vor der Pandemie getan, und wir werden es auch nach der Pandemie tun.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Stärkung der Ausbildung ist nämlich nicht nur ein Krisenmanagement, sondern ein Kernanliegen dieser Landesregierung. Da hätte übrigens ein Blick in unseren Koalitionsvertrag gereicht, um es dort schwarz auf weiß zu sehen.

(Zuruf Freie Demokraten)

Denn erst im Januar dieses Jahrs hat die Landesregierung gemeinsam mit den Gewerkschaften, den Wirtschaftsverbänden, den Kommunalen Spitzenverbänden und der Bundesagentur für Arbeit die Fortschreibung der Initiative „Bündnis Ausbildung Hessen“ beschlossen.

(Beifall CDU)

Ich erinnere kurz daran, dass bereits 2015 bis 2019 das Bündnis die Attraktivität der beruflichen Bildung deutlich erhöht und sie qualitativ weiterentwickelt hat. Die hessischen Unternehmen haben in dieser Zeit das Angebot an Ausbildungsplätzen erhöht, sodass mehr Jugendliche eine duale Ausbildung begonnen haben.

Auch junge Flüchtlinge profitieren von der integrativen Kraft der Ausbildung. So ermöglicht die Landesregierung seit 2018 Auszubildenden zusätzliche Deutschförderung und schafft durch die Ausbildungsplatzförderung Anreize für Unternehmen, auch Menschen eine Chance zu bieten, die beispielweise einen erhöhten Sprachförderbedarf haben, eine andere Ausbildung abgebrochen haben, oder auch Altbewerbern.

(Zuruf Freie Demokraten)

Die duale Ausbildung ist somit nicht nur eine Stütze der Wirtschaft, sondern auch ein Motor für Integration und so-

zialen Aufstieg. Hinzu kommen der direkte Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte, das Hauptschülerprogramm – Sie haben es erwähnt, Herr Dr. Naas –, ein verbessertes Azubiticket und mehr Beratungs- und Begleitungsangebote.

Mit der Fortschreibung dieses Bündnisses bis 2024 bekennen sich die Partner dazu, an diese Erfolge anzuknüpfen und die bestehenden Angebote und Initiativen zu verstetigen und auch auszuweiten.

Ja, die Corona-Pandemie schafft viele Unsicherheiten. Wir sind in der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Sowohl Betriebe als auch Auszubildende haben mit dieser Situation natürlich große Schwierigkeiten. Aber gemeinsam mit den Bündnispartnern haben wir daher frühzeitig klargemacht, dass die Pandemie die Ausbildungschancen junger Menschen so wenig wie möglich beeinträchtigen darf. Deshalb bin ich froh, dass eine Ausbildungsumfrage der IHK im Juni 2020 die hohe Ausbildungsbereitschaft der Betriebe aufzeigt.

(Zuruf Freie Demokraten)

92 % der vor der Krise vorgesehenen Ausbildungsplätze sollen erhalten bleiben.

(Beifall CDU)

Ja, Sie sprechen von 8 % Rückgang. Ich sage Ihnen: 92 % bleiben. Das ist zunächst einmal auch eine gute Botschaft, bei allen Schwierigkeiten.

Deshalb unterstützen wir in Kooperation mit dem Bund hessische Betriebe bei der Aufrechterhaltung und Erweiterung des Angebots an Ausbildungsplätzen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Während der Bund sich mit Ausbildungs- und Übernahmeprämie vor allem auf das Jahr 2020 konzentriert, haben wir in Hessen die Fördermittel für 2020 sowie für 2021 entsprechend ausgeweitet. In diesem Kontext wurden tatsächlich das Hauptschülerprogramm, die Ausbildungsplatzförderung, der Ausbildungskostenzuschuss sowie das Programm „gut ausbilden“ und das hessische Perspektivprogramm allesamt aufgestockt und verlängert.

Hinzu kommen noch die zahlreichen Sofort-, Überbrückungs- und Liquiditätshilfen sowie Kreditangebote, die den Betrieben bei der Bewältigung der Pandemie unter die Arme greifen und die so letztlich auch Ausbildungsplätze sichern. Abgerundet wird das Ganze durch eine Imagekampagne, zu der auch der Karrieretruck 4.0 gehört und die somit auf Ausbildungsangebote aufmerksam macht.

Abschließend möchte ich zusammengefasst sagen:

Erstens. Wir bekennen uns zur dualen Ausbildung und haben dies schon zu Beginn der Pandemie klargemacht.

Zweitens. Wir haben das Bündnis fortgeschrieben und arbeiten an dieser Stelle eng mit den staatlichen und nicht staatlichen Akteuren zusammen.

Drittens. Wir haben Förder- und Unterstützungsprogramme aufgesetzt und erweitert.

Viertens. Wir evaluieren laufend die Situation und werden, wo immer notwendig, aktiv werden, um den Auszubildenden eine gute Zukunft zu ermöglichen – egal, ob vor, während oder nach Corona. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Heitland. – Das Wort hat der Abg. Tobias Eckert für die SPD-Fraktion.

(Zuruf SPD: Bester Mann!)

**Tobias Eckert (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich vor die Klammer ziehen, dass in der Woche, in der wir jetzt über das Thema duale Ausbildung diskutieren, ein neues Ausbildungsjahr begonnen hat und dass wir all denjenigen, die Anfang dieser Woche mit ihrer Ausbildung begonnen haben, viel Erfolg und alles Gute für ihren Weg wünschen. Ich glaube, das können wir fraktions- und parteiübergreifend tun. Das ist eine Veränderung im Leben, und dazu wünschen wir alles Gute und viel Erfolg.

(Beifall SPD)

Ich selbst kann ein Liedchen davon singen, als ich das damals, vor 22 Jahren, begonnen habe.

Aber Corona zeigt bei dem Thema duale Ausbildung – da bin ich bei der Aktuellen Stunde – in der Tat wie ein Brennglas die Probleme auf dem Ausbildungsmarkt, das Problem der sinkenden Stellenangebote und auch der Bereitschaft, Ausbildungsplätze anzubieten. Darüber haben wir schon in den letzten Jahren immer wieder diskutiert. Aber wie können wir das unterstützen und fördern, damit auch kleine und mittelständische Unternehmen tatsächlich Ausbildungsplätze anbieten? – Das ist etwas, was schwieriger geworden ist und nicht besser wird. Betriebe, die schließen müssen, und Ausbildungen, die trotz eines unterschriebenen Vertrages eben nicht durchgeführt werden können, sind genauso ein Problem wie das Thema Insolvenzen, die uns noch in einem anderen Maße in nächster Zeit betreffen werden. Da geht es um die Frage, wie wir dort Menschen in Ausbildung eine Chance geben können, nachher diese Ausbildung auch wirklich zu beenden. All das sind große Herausforderungen.

Ich will an dieser Stelle deswegen sagen: Dieses Land kann sich keine Generation Corona auf dem Fachkräftemarkt in unserem Bundesland leisten. Denn ohne Fachkräfte von morgen gibt es auch keine Wertschöpfung von morgen.

(Beifall SPD)

Deswegen ist es richtig: Ja, es braucht da mehr als nur warme Worte und die Betonung, wie wichtig duale Ausbildung ist. Es braucht dort nicht nur ein Bekenntnis zum Bündnis Ausbildung Hessen – so richtig und wichtig der Austausch und Dialog dabei auch sind –, sondern es braucht dann auch konkrete Taten und Unterstützungsleistungen durch das Land. Deswegen will ich das an dieser Stelle auch am Anfang deutlich machen: Wir brauchen das Bekenntnis und die konkrete Unterstützung – so, wie sie auch der Bund direkt am Anfang und sehr frühzeitig signalisiert hat, und zwar in der Unterstützung der ausbildenden Betriebe für die, die eben nicht Ausbildungsplätze abbauen, sondern vielleicht sogar Ausbildungsangebote ausweiten.

Von daher hätte ich mir gewünscht, Herr Minister, dass wir in Hessen nicht immer wieder nur sagen: Wir warten mal auf den Bund. – Ja, der Bund macht da ganz viel richtig. Aber ich hätte mir gewünscht, dass auch mal so eine Initiative aus Hessen herauskommt. Offensichtlich scheint War-

ten und Schauen, was andere machen, bei Ihnen die Devise zu sein.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Da können wir in andere Bundesländer schauen, wie dort damit umgegangen wird. Wir können schauen, wie in Sachsen Ausbildungsplätze unterstützt werden, wie aber auch andere das Thema strukturell mit nutzen und sich überlegen, wie sie strukturell dauerhaft etwas für bessere und mehr Ausbildung tun können, für Chancen für Menschen am Arbeitsmarkt. Da möchte ich das Stichwort Brandenburg mit der Stärkung der Verbundausbildung nennen, zu der wir gerade aus dem Handwerk auch immer wieder mitgeteilt bekommen, dass das eine gute Chance wäre, damit wir auch Menschen zusätzlich Wege in die Ausbildung ermöglichen können. Das wäre eine strukturelle Veränderung und nicht nur Krisenmodus. Denn ich glaube, dass das etwas ist, wo wir hinkommen müssen.

(Beifall SPD)

Aber dafür brauche ich nicht nur einen Blankoscheck von der Koalition, dass Sie viele Mittel haben und im Zweifelsfall auch helfen können, sondern dafür braucht es auch Konzepte. Aber, meine Güte, wo sollen denn diese Konzepte herkommen? – Auf der einen Seite ist da der Kultusminister. Das mit den Konzepten ist dort ohnehin etwas unterausgeprägt. Und wenn es ein Konzept gibt, dann gibt es das nur auf dem Papier und wird nicht umgesetzt. Auf der anderen Seite gibt es den eigentlich für Ausbildung zuständigen Minister, nämlich den Sozialminister. Auch dort ist das Thema Konzepte so eine Sache. Das haben wir auch in den letzten Wochen und Monaten gesehen.

Von daher: Ja, es braucht nachher nicht nur die Mittel, die dieses Haus zur Verfügung stellt, um Ausbildung zu unterstützen und voranzutreiben, sondern es braucht auch dort Themen und Ideen, was wir machen wollen und wie wir helfen können.

Ich will Ihnen anhand von zwei konkreten Beispielen sagen, warum ich finde, dass Sie falsche Schwerpunkte setzen. Ich bin froh, dass mein Landkreis bei dem Thema Berufseinstiegsbegleitung einfach gesagt hat: Bei allen Herausforderungen und Schwierigkeiten an dem Modell, wir wollen das weitermachen. – Aber Sie ziehen sich da komplett heraus. Wo wir jungen Menschen gerade aus dem schwächeren Hauptschulbereich eine Chance geben, im Ausbildungsmarkt überhaupt Fuß zu fassen, ziehen Sie sich als Land heraus. Wir wuppen das jetzt allein mit kommunalen Mitteln als Landkreis. Wir haben eine Erfolgsquote von 60 bis 70 % je Jahrgang. Das ist ein Erfolgsmodell, und Sie lassen es links liegen und unterstützen es nicht. Das ist ein Fehler. Das zeigt, dass es nicht um Konzepte geht. Sie könnten handeln, Sie haben das Geld, aber Sie machen es nicht.

(Beifall SPD)

Da bin ich dann auch bei der Unterstützung für die, die ausbilden, bei den Innungen und anderen. Wir waren dieses Jahr im Sommer beim Schornsteinfegerhandwerk. Da ging es auch um die Frage, was die anderen überbetrieblichen Ausbildungen bieten. Damit soll deutlich werden: Wir bieten nicht nur den Betrieben, sondern auch den Auszubildenden das, was wir in der beruflichen Unterweisung mit anbieten können.

Durch die Corona-Einschränkungen fehlen dort einfach Gelder, weil nicht mehr so viele beschult werden dürfen

wie vorher. Dann fragt man: Da wird Ihnen doch sicherlich geholfen? Wir wollen doch gemeinsam duale Ausbildung stärken. – Wissen Sie, was die sagen? „Wir rufen es nach Wiesbaden, aber da können wir auch in ein schwarzes Loch reinrufen; denn wir kriegen keine Antwort.“ – Dass das bei CDU-geführten Landesregierungen mit dem schwarzen Loch so eine Sache ist, kann man sich vorstellen. Aber dass Sie sich da tatsächlich der Hilfe verweigern und nicht wirklich eingreifen, ist ein eklatanter Fehler.

Damit möchte ich zum Schluss kommen. Wir könnten wirklich an vielen Punkten etwas hinbekommen, wie wir duale Ausbildung unterstützen, um Menschen eine Chance zu geben – nicht nur für uns für Wertschöpfung und Wirtschaft in Hessen, sondern auch um der jungen Menschen selbst willen. Denn wir sind eine Gesellschaft, die sich über Arbeit mitdefiniert. Wir als Partei der Arbeit haben ohnehin einen anderen, noch intensiveren Zugang dazu. Deswegen ist es auch um der jungen Menschen selbst willen eine Herausforderung, wie wir duale Ausbildung unterstützen können.

Bei nur fünf Minuten muss ich beim nächsten Mal gern noch einmal darauf zurückkommen, was man alles wirklich tun kann, wenn man tatsächlich deutlich machen will: Ja, wir brauchen eine garantierte Ausbildung für alle jungen Menschen. – Von daher möchte ich sagen: herzlichen Dank und viel Erfolg all denjenigen, die es geschafft haben, einen Ausbildungsplatz in Hessen zu bekommen.

(Beifall SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Eckert. – Das Wort hat der Abg. Felix Martin für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Felix Martin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich in den Landtag gewählt wurde, habe ich gerade eine Ausbildung zum Bankkaufmann absolviert. Mit meiner Wahl stand ich also auch vor der Entscheidung, ob ich diese Ausbildung fortführe. Meine Fraktion sagte unisono: unbedingt – eine Ausbildung eröffne schließlich Türen und Chancen für ein erfolgreiches Berufsleben.

Ich habe dann tatsächlich ein Jahr lang versucht, das gut miteinander zu vereinbaren – die Ausbildung in Teilzeit und das Abgeordnetenmandat. Das hat diverse Schwierigkeiten mit sich gebracht. Das hat viele verständnisvolle Kolleginnen und Kollegen erfordert. Manchmal fiel es mir auch schwer, diese unterschiedlichen Lebensrealitäten miteinander zu vereinbaren: morgens Berufsschule in Göttingen, abends Koalitionsverhandlungen in Wiesbaden.

Heute kann ich sagen: Wie gut, dass ich das gemacht habe, und wie gut, dass mein Arbeitgeber mich dabei unterstützt hat. Wie gut, dass ich auf meine Fraktion gehört habe; denn eines steht fest: Im Berufsleben ändert sich vieles, aber der Berufsabschluss als Fundament des beruflichen Werdeganges bleibt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dem druckfrischen Bericht „Berufsausbildung in Hessen“ ist zu entnehmen, dass die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2019 zum dritten Mal in Folge gestiegen ist. Dennoch besteht in Hessen nach wie vor Bedarf für

zusätzliche Ausbildungsplätze. Heute stehen viele Auszubildende und ihre Betriebe vor großen Herausforderungen. Aktuell lässt sich aber noch gar nicht genau sagen, wie groß sie denn sind und in welchem Ausmaß die Corona-Pandemie die Ausbildung beeinträchtigt.

Herr Dr. Naas hat gesagt, im Zeitraum von Oktober 2019 bis August 2020 sei die Zahl der gemeldeten Stellen um 3.160 zurückgegangen. Das stimmt. Dazu erwähnen muss man aber auch, dass die Zahl der gemeldeten Bewerber in fast exakt dem gleichen Umfang auch zurückgegangen ist.

Hessen hat bereits frühzeitig gehandelt, und zwar schon vor der Corona-Krise. Es wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen, die die Qualität und Attraktivität der dualen Berufsausbildung stärken. Ab Sommer dieses Jahres entfällt für zahlreiche Gesundheitsfachberufe das Schulgeld. Hessen unterstützt die Fachschulen mit bis zu 5 Millionen € jährlich.

Im Juni 2019 haben wir über die guten Rahmenbedingungen der Ausbildung diskutiert und eine Mindestvergütung für Auszubildende auf Bundesebene gefordert. Mit der AzubiCard Hessen erhalten Auszubildende seit 2019 attraktive Vergünstigungen. Mit der praxisintegrierten Ausbildung gibt es seit diesem Jahr eine sehr gute Alternative für angehende Erzieherinnen und Erzieher. Statt Schulgeld zu zahlen, erhalten sie eine Ausbildungsvergütung. Sie erwerben dabei auch praktische Kompetenzen.

Insbesondere das seit 2018 verfügbare hessenweit gültige Schülerticket ist auch für Auszubildende ein echter Gewinn. Für 1 € pro Tag sind sie hessenweit mobil. Das ist eine Bereicherung hinsichtlich der Mobilität und des Klimaschutzes, und das ist eine Erleichterung für jeden Geldbeutel.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Klar ist aber auch: Besondere Zeiten erfordern besondere Antworten. Eine der entscheidenden Maßnahmen zur Sicherung der Ausbildungsstellen ist zweifelsohne die hessische Wirtschaftsförderung. Über 1,8 Milliarden € stellt Hessen für den Erhalt der Wirtschaftskraft, zur Belebung der Konjunktur und zur Förderung des nachhaltigen Wachstums bis 2023 bereit. Konkrete Hilfsmaßnahmen sind dabei der Fonds Hessen-Kapital zur Sicherung der Liquidität der Unternehmen, die Hessen-Mikroliquidität als Darlehensprogramm und der Hessen-Fonds zur Unterstützung mittelständischer Unternehmen in dieser außergewöhnlichen Situation.

Gezielt benötigen aber auch Auszubildende selbst unsere besondere Unterstützung. Genau deshalb hat Hessen einen umfangreichen Schutzschirm für die Auszubildenden gespannt. Damit wollen wir insbesondere diejenigen unterstützen, die es angesichts der aktuellen Lage auf dem Arbeitsmarkt besonders schwer haben. Deshalb unterstützt Hessen ab diesem Herbst 1.000 junge Menschen, die sich auf einen Ausbildungsplatz vorbereiten. Gleichzeitig werden Unternehmen akquiriert, die diese jungen Menschen in ein reguläres Ausbildungsverhältnis übernehmen. Dafür stellen wir in diesem Jahr 4,5 Millionen € und im kommenden Jahr 6,5 Millionen € bereit.

Bereits Anfang des Jahres wurde ein breites Bündnis für Ausbildung aus Unternehmensverbänden, Gewerkschaften, dem Land und vielen Weiteren gegründet. In einer gemeinsamen Erklärung appellieren alle Partner an die Betriebe,

begonnene Ausbildungen fortzusetzen und sich auch im kommenden Ausbildungsjahr zu engagieren.

Hessen hat eine Qualifizierungsoffensive ins Leben gerufen, um den Zugang zur beruflichen Bildung zu erleichtern. Damit werden Betriebe unterstützt, die jungen Menschen eine Chance geben, die maximal den Hauptschulabschluss absolviert haben. Aufgrund der aktuellen Situation wurde die Frist zum Stellen der Anträge für dieses Programm bis Ende Oktober 2020 verlängert.

Im Rahmen der Qualifizierungsoffensive werden außerdem Auszubildende unterstützt, die ihre Berufsausbildung abbrechen, etwa weil der Betrieb Insolvenz anmeldet oder weil er teilweise stillgelegt wird. Zusätzlich werden ältere Bewerber und Jugendliche mit erhöhtem Sprachförderbedarf unterstützt. Frau Kollegin Heitland hat darauf hingewiesen.

Es wird deutlich: Hessen ergreift vielfältige Maßnahmen zur Unterstützung der Auszubildenden und der Ausbildungsbetriebe. Die Mitglieder der FDP-Fraktion fragen: Wo ist die Ausbildungsoffensive? – Die Antwort lautet: Sie ist schon längst da.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Klar ist aber auch: Die Ausbildungsbetriebe tragen aktuell, aber auch grundsätzlich eine große Verantwortung. In meiner Fraktion hat vor wenigen Tagen Paul seine Berufsausbildung begonnen. In meinem Regionalbüro in Eschwege hat Mihail vor Kurzem seine Arbeit als Jahrespraktikant im Rahmen seines Fachabiturs begonnen.

Ich hoffe und wünsche mir, dass ganz viele Unternehmen mutig vorangehen und trotz dieser außergewöhnlichen Situation die Fachkräfte von morgen ausbilden. Ich kann Ihnen sagen: Auch wenn es manchmal schwer ist, es lohnt sich. – Herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Martin, vielen Dank. – Das Wort erhält Frau Abg. Janine Wissler, Fraktion DIE LINKE. Janine, bitte.

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ja, gerade hat das neue Ausbildungsjahr begonnen. Wir müssen feststellen: Die Corona-Krise verschärft die ohnehin nicht gerade rosige Lage auf dem Ausbildungsmarkt ganz erheblich. Es gibt deutschlandweit weniger Ausbildungsstellen als im Vorjahr. Das sind etwa 8 %. Das ist der Stand Ende Juli 2020.

In Hessen ist die Zahl sogar noch etwas höher. Dort gab es Ende Juni sogar 10 % weniger. Das heißt also, die Corona-Krise verschärft die ohnehin sinkende Ausbildungsbereitschaft. Die Zahl der Betriebe, die ausbilden, ist im vergangenen Jahr nochmals gesunken. Sie liegt jetzt bei 19 %. Das heißt, weniger als ein Fünftel aller Betriebe bildet aus.

Frau Heitland, da muss ich schon etwas fragen. Sie haben von einer „hohen Ausbildungsbereitschaft“ der Unternehmen gesprochen. Ich empfehle Ihnen diese Publikation der Landesregierung.

(Die Rednerin hält eine Broschüre hoch.)

Sie haben sie? Ich weiß nicht, ob Sie sie gelesen haben. Sie haben von einer „hohen Ausbildungsbereitschaft“ gesprochen. Darin ist vermerkt, dass im Vergleich zum Jahr 2010 die Anzahl der hessischen Ausbildungsbetriebe insgesamt um etwa 8 % gesunken ist.

Es wird auch vermerkt, dass wir weiterhin einen Mangel an Ausbildungsplätzen haben. Ich weiß nicht genau, was Sie unter „hoher Ausbildungsbereitschaft“ verstehen. Aber das Absinken um 8 % würde ich nicht als „hohe Ausbildungsbereitschaft“ ansehen. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Ich würde sagen: Wir haben ein riesiges Problem, weil nur noch ein Fünftel aller Unternehmen überhaupt ausbildet.

(Beifall DIE LINKE)

Bei diesem Trend droht eine weitere Verschärfung. Ja, wir haben teilweise wirklich ein Nebeneinander des Fachkräftemangels, über den gesprochen wird, und der zu wenigen Ausbildungsstellen. Fast 15.000 junge Menschen sind in Hessen auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Wenn jetzt noch die Menschen hinzukommen, die ihren Ausbildungsplatz wegen der Corona-Krise verlieren, und quasi ein Stau entsteht, dann wird das die sozialen Ungerechtigkeiten natürlich noch verschärfen.

Wir wissen doch, wer die Jugendlichen sind, die auf dem Ausbildungsmarkt besonders benachteiligt sind. Das sind die Jugendlichen mit Hauptschulabschluss. Das sind die Jugendlichen mit Migrationsgeschichte. Sie haben es oft besonders schwer, einen Ausbildungsplatz zu finden.

Wer einen Ausbildungsplatz hat, hängt häufig in der Luft. Auch das verschärft sich durch die Corona-Krise. Fast 40 % der Auszubildenden wissen im ersten Ausbildungsjahr nicht, ob sie von ihrem Betrieb überhaupt übernommen werden. 30 % derjenigen, die übernommen werden, bekommen nur einen befristeten Vertrag. Das ist jetzt schon die Situation – ohne die Corona-Krise.

Die Lage der Auszubildenden und der potenziell Auszubildenden ist somit in Corona-Zeiten prekärer als zuvor. Die Krise verschärft die bereits existierenden Probleme. Das betrifft natürlich einige Branchen ganz besonders. Deswegen ist auch klar, dass das Land handeln muss.

Die Unternehmen müssen unterstützt werden, ihre Ausbildungsplätze zu erhalten. Dabei ist natürlich der wichtigste Schutz, die Unternehmen vor der Pleite zu bewahren. Das gilt ganz besonders für Branchen wie den Veranstaltungsbereich, den Kulturbereich, aber auch für die Reisebüros, die Reisebranche und die Gastronomie. Die Soforthilfen aus dem Frühjahr sind in vielen Bereichen längst aufgezehrt. Deswegen sind Bund und Landesregierung aufgefordert, alles dafür zu tun, ein Ausbildungsdesaster zu verhindern. Diese Krise darf nicht auf Kosten der jungen Menschen gehen, die in einer Berufsausbildung sind oder eine machen möchten.

(Beifall DIE LINKE)

Im Übrigen müssen auch die Berufsschulen krisenfest gemacht werden. Was die Ausstattung der Berufsschulen angeht, haben wir eine ganze Menge Nachholbedarf.

Das System der dualen Ausbildung zu stärken, bedeutet auch, mehr Gerechtigkeit hineinzubringen. Ich habe es eben gesagt: Nicht einmal ein Fünftel der Betriebe bildet aus. Der Rest macht sich einen schlanken Fuß. Ich finde, da ist die gewerkschaftliche Forderung nach einer Ausbil-

dungsplatzumlage nicht überholt. Diejenigen, die sich der Verantwortung entziehen, sollen sich wenigstens finanziell beteiligen. Ich finde, das ist gerade in der Krise besonders wichtig, damit man Unternehmen unterstützen kann, die grundsätzlich ausbilden wollen, die jetzt aber in eine wirtschaftliche Schiefelage gekommen sind, sodass sie keine Ausbildung mehr anbieten können. Ich finde, auch da brauchen wir Gerechtigkeit. Die Lasten müssen fair verteilt werden. Der Ausbildungsmarkt muss wesentlich krisensicherer gemacht werden.

Natürlich muss man auch sehen, dass die Übergangssysteme, die sogenannten Warteschleifen, für viele Jugendliche eine Sackgasse sind. Wir haben eine ganze Menge Jugendliche, die nach wie vor aus dem System herausfallen. Sie finden keinen Ausbildungsplatz und machen dann auch keine Ausbildung. Vielmehr gehen sie einfach als Ungelernte in den Niedriglohnsektor. Auch diese Jugendlichen dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Das sind in Hessen nämlich nicht wenige. Das kann man in dem Bericht nachlesen.

Ich will noch hinzufügen, dass die Krise auch kein Vorwand sein darf, die Ausbildungsaktivitäten ohne Not zu reduzieren. Das gilt insbesondere für Betriebe und Konzerne, die vom Staat Hilfen bekommen haben. Diese Hilfe des Staats muss an Beschäftigungssicherung gebunden werden. Das gilt auch für die Sicherung der betrieblichen Ausbildung.

(Vereinzelter Beifall DIE LINKE)

Ich komme zum Schluss meiner Rede. Die aktuellen, die angehenden Auszubildenden und auch die Betriebe brauchen dringend Hilfe, damit die Ausbildung fortgesetzt werden kann. Unternehmen können in Schwierigkeiten geraten. Dann ist die Forderung nach einem Ausbildungsbonus für Unternehmen, die Auszubildende aus insolventen Betrieben übernehmen, richtig. In diesem Sinne wünschen wir allen, die gerade in diesen schwierigen Zeiten eine Ausbildung beginnen, alles Gute. Ich denke, Politik und Wirtschaft sind jetzt aufgefordert, möglichst viele Steine aus dem Weg zu räumen. – Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Wissler, vielen Dank. – Das Wort erhält der Wirtschaftsminister, Herr Staatsminister Al-Wazir. Tarek, bitte.

#### **Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich möchte drei Fragen stellen. Erstens. Wo kommen wir her? Zweitens. Wo stehen wir? Drittens. Wo führt der Weg hin?

Wo kommen wir her? Aus dem Berufsbildungsbericht wurde schon zitiert, der dieser Tage in Ihren Fächern lag. Wir kommen aus einer sehr erfolgreichen Phase. 2019 war das dritte Jahr in Folge, in dem wir mehr abgeschlossene Ausbildungsverträge hatten. Das ist beileibe nicht in jedem Bundesland so.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das zeigt, dass wir in den letzten Jahren sehr erfolgreich waren.

Zweitens. Wo stehen wir? Wir haben im zweiten Quartal 2020 die größte Wirtschaftskrise seit dem Bestehen des Landes Hessen. Das schlägt sich logischerweise auch auf dem Ausbildungsmarkt nieder. Die Ausbildungsbetriebe zögern. Die Jugendlichen sind verunsichert. Die Messen und die Vermittlungsaktionen haben während des Lockdown nicht stattgefunden. Deswegen haben wir momentan weniger gemeldete Berufsausbildungsstellen. Wir haben aber auch weniger gemeldete Bewerberinnen und Bewerber.

Zum Stichtag 31. August 2020 haben wir einen Rückgang der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge bei den Handwerkskammern in Höhe von 14 % und bei den Industrie- und Handelskammern in Höhe von fast 16 %. Die Kammern rechnen aber damit, dass es dieses Jahr Nachhol-effekte gibt. Wegen der Zeit, die wir im April und im Mai 2020 verloren haben, werden die Verträge später abgeschlossen.

Der Nachvermittlung kommt in diesem Jahr eine ganz besondere große Bedeutung zu. Daran arbeiten auch alle mit Hochdruck. Ich bedanke mich bei allen, die momentan daran arbeiten, dass es zu einer erfolgreichen Nachvermittlung kommt. Sie wird dieses Mal bis zum Ende dieses Jahres gehen, damit wir noch mehr Verträge bekommen, als wir momentan haben.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt Bundes- und Landesprogramme. Herr Dr. Naas, Sie haben explizit nach der Ausbildungsoffensive gefragt. Dazu will ich Ihnen sagen: Sie findet gerade statt. – Es kann sein, dass Sie das nicht wahrnehmen. Aber sie findet gerade real statt.

Ganz am Anfang der Pandemie haben wir als Landesregierung sofort alle Partnerinnen und Partner des Bündnisses Ausbildung Hessen zusammengerufen. Wir haben das auch öffentlich gemacht und eine Erklärung veröffentlicht. Jeder arbeitet in seinem Bereich daran. Das reicht von den Kammern über die Bundesagentur für Arbeit und die Kommunalen Spitzenverbände bis hin zu den Berufsverbänden und den Gewerkschaften. Wir tun an jedem Ort alles dafür, dass dieses Jahr keine Generation Corona entsteht. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich bin sehr zuversichtlich, dass wir das auch schaffen werden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum Stichwort Information. Wir haben das Medienbudget der Ausbildungskampagne „Azubi ist Von A zu B – Mach deinen Weg“ erhöht. Ich komme zum Stichwort Social-Media-Posts. Wir haben in verschiedenen Bereichen mit Ausbildungsreportern und Influencern und mit allem, was dazugehört, nach Wegen gesucht. Damit erreichen wir vielleicht nicht Herrn Dr. Naas, aber diejenigen, die einen Ausbildungsplatz suchen.

Das Kultusministerium und das Wirtschaftsministerium haben vor den Sommerferien gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit die Schulabgänger direkt angeschrieben. Wir haben noch einmal an sie appelliert, die Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten aufzusuchen und sich ausbildungssuchend zu melden.

Ich habe sehr früh mit Hubertus Heil gesprochen und gefragt, was der Bund macht. Ich will an dieser Stelle etwas



sagen. Herr Kollege Dr. Naas, der Bund arbeitet nicht nach dem Gießkannenprinzip. Der Bund sagt, dass man die 2.000 € oder 3.000 €, die man bekommt, wenn man einen Ausbildungsplatz wiederbesetzt oder die Ausbildungsbereitschaft in den Betrieben steigert, nur dann haben kann, wenn der Betrieb mindestens einen Monat Kurzarbeit hatte, wenn er im April oder im Mai 2020 60 % Umsatzausfall hatte oder wenn jetzt noch mindestens 50 % der Angestellten in Kurzarbeit sind. Dann werden auch 75 % der Ausbildungsvergütung übernommen.

Ich bleibe dabei: Da wird viel Geld für die Betriebe mobilisiert, die in Not sind. Da gibt es kein Gießkannenprinzip. Es wäre einfach Unfug, wenn wir in diesem Bereich, in dem schon viel Geld ausgegeben wird, mit Landesmitteln noch etwas drauflegen würden. Damit würde man schlichtweg Geld verbrennen, das wir an anderen Stellen sinnvoller einsetzen wollen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo machen wir das? Wir machen das, indem wir beispielsweise die Haushaltsmittel für das Hauptschülerprogramm aufgestockt und die Antragsfristen zweimal verlängert haben, zunächst zum 31. Juli 2020, jetzt bis zum 31. Oktober 2020. Es ist so – das ist immer so –, dass in einer solchen Krise diejenigen, die die schlechtesten Zugangsvoraussetzungen haben, am härtesten getroffen sind. Deswegen ist es richtig, an dieser Stelle besonders diejenigen mit einem Hauptschulabschluss zu fördern. Das ist nämlich die Gruppe, die am ehesten in der Gefahr ist, zur Generation Corona zu werden. Deswegen legen wir darauf ein besonderes Augenmerk.

Wir haben das Förderprogramm Ausbildungsplatzförderung, wir arbeiten an Nachvermittlung und Nachmeldung. Wir sind dabei, an einem Förderprogramm zur Verbundausbildung zu arbeiten, gemeinsam mit denen, die ein solches Programm anbieten würden, Stichwort: Kammern und Co. Wir sind bei der Frage, wie es sein soll, sehr kurz davor, zu einem Abschluss zu kommen, wenn ich das einmal so sagen darf. Auch hierzu werden Sie in den nächsten Wochen hören, wie es dort weitergeht, weil wir sicher sind, dass es ein paar geben wird, die in diesen Verwerfungen, die wir in diesem Ausbildungsjahr sehen, eben keinen Platz bekommen, und da müssen wir besonders helfen.

Ich will das noch einmal ausdrücklich sagen: Manches an den Bundesprogrammen finden wir auch nicht gut. Sie haben aus unserer Sicht eine zu kurze Laufzeit. Deswegen haben wir uns, gemeinsam mit den Partnern im Bündnis für Ausbildung, besprochen, das anders zu machen. Das heißt, unsere Programme laufen auch im Ausbildungsjahr 2021/22, weil wir sicher sind, dass es auch gewisse Nachwirkungen geben wird, und wir so den Kreis der Förderberechtigten ausweiten wollen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Sozialministerium hat aus dem Sondervermögen den Schutzschirm für Auszubildende beantragt. Wenn ich es richtig im Kopf habe, ist der schon im Haushaltsausschuss.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Minister, bitte denken Sie an die Redezeit.

#### **Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:**

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. – Auch da sind wir dabei. Dank des Sondervermögens, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, ist das Land auch da handlungsfähig.

Sie sehen, es ist viel passiert, und es wird weiter viel passieren. Wir arbeiten mit unseren Partnern, mit Kammern, Wirtschaft, Gewerkschaften und Kommunen daran, dass es eben genau eine solche Generation Corona nicht gibt.

Ansonsten kann ich Ihnen sagen: Ich war lange im Rundfunkrat, auch wenn es schon etwas länger her ist. Wenn sich damals irgendjemand beschwerte, dass über irgendetwas nicht berichtet worden sei, hat der damalige Intendant immer den schönen Satz gesagt: Nur, weil Sie es nicht gehört oder nicht gesehen haben, heißt das nicht, dass wir es nicht gesendet haben. – Deswegen, lieber Herr Kollege Dr. Naas: Nur, weil Sie es nicht mitbekommen haben, heißt das nicht, dass die Ausbildungsoffensive nicht stattfindet. Wir arbeiten weiter daran, und das hoffentlich erfolgreich im Sinne der jungen Menschen. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Minister. – Wir sind am Ende der Aussprache.

Bevor wir zur Abstimmung über den Antrag kommen, möchte ich anmerken, das sich vorhin ein Kollege besorgt geäußert hat, wir hätten am Anfang die Beschlussfähigkeit nicht festgestellt. Das haben wir natürlich gemacht.

(Jürgen Lenders (Freie Demokraten): In den Ausschuss!)

– Jetzt mal langsam. Die Beschlussfähigkeit können wir nicht an den Ausschuss überweisen.

(Heiterkeit)

Deshalb möchte ich noch einmal ausdrücklich festhalten, dass das Haus beschlussfähig ist – sonst wäre ich ja gar nicht hier oben.

Es wurde von der FDP darum gebeten, den Antrag dem Ausschuss zu überweisen. – Gut, dann in den Ausschuss, dann ist Ruhe. Damit hätten wir diesen Punkt beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 70** auf:

#### **Antrag Aktuelle Stunde**

#### **Fraktion der SPD**

#### **Fachkräfte in hessischen Kitas fehlen – Landesregierung muss endlich handeln**

– **Drucks. 20/3510** –

Es beginnt Frau Kollegin Lisa Gnadt, SPD-Fraktion. Bitte sehr.

#### **Lisa Gnadt (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte gern zu Beginn meiner Rede die Gelegenheit nutzen, allen Erzieherinnen und Erziehern in Hessen, die eine großartige Arbeit leisten und denen gerade in Zeiten wie diesen, in denen sich die Herausforderungen tagtäglich ändern und allen Beteiligten neben der großen Einsatzbe-